

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2003



## Und wieder schillert das magische Dreieck

Eine Figur, die die deutsche Wirtschaftspolitik offenbar immer wieder in ihren Bann schlägt, ist das magische Dreieck. In den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stand es für die Herausforderung, ein befriedigendes Wirtschaftswachstum, einen hohen Beschäftigungs-

stand und Preisstabilität miteinander in Einklang zu bringen. Heute erscheint den Bürgern das vertrackte Dreieck als Versuch der Politik, die Systeme der sozialen Sicherung vor dem Kollaps zu bewahren, die Arbeitskosten zu stabilisieren und die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Magisch ist an diesen Dreiecken nichts. Es bedarf keiner übernatürlichen Kräfte, um die Gesellschaft vom Magischen zu befreien. Wirtschaftliche Vernunft würde schon genügen. Und es liegt auch nichts Widersprüchliches in den Zielen, die diese Dreiecke beschreibt. Karl Schiller, wortgewaltiger Wirtschaftsminister der sechziger Jahre, hat damals erklärt: „Wir können Wachstum und Beschäftigung nicht mit Inflation erkaufen. Im Gegenteil: ohne Preisstabilität ist alles nichts.“

Ähnliches gilt auch für das magische Dreieck, an dem sich die Politik derzeit abarbeitet. Mehr Beschäftigung wird es nur geben, wenn Arbeit an deutschen Standorten im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig wird. Ohne größeres Arbeitsvolumen werden die sozialen Kassen nicht zu sanieren sein. Und dann könnte man Karl Schiller fast wörtlich wiederholen: Ohne Rückkehr zu marktnäheren Löhnen ist alles nichts.

So hängt alles mit allem zusammen. Es ist nicht nur Ausdruck eines Hanges der Politik zum großen Verhandlungspoker, wenn in diesem Winter alle Themen immer wieder als Bündel erscheinen: die Steuersenkung, die Wachstumskräfte nur weckt, wenn die Haushalte in Ordnung kommen; die Hartz-Reformen, die nur wirken werden, wenn auf flexibleren Arbeitsmärkten mehr Arbeitsstellen angeboten werden; die Sozialreformen, die nichts bewirken können, wenn die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht. Tröstend ist: Mit Magie hat das alles nichts zu tun.

*Hans D. Barbier*

## Arbeitsbeschaffung

Der Bund und der Freistaat Sachsen werden den amerikanischen Konzern Advanced Micro Devices (AMD) mit rund 1,1 Milliarden € beim Bau einer neuen Chipfabrik in Dresden unterstützen. Rund 500 Millionen \$ (417 Millionen €) stehen an Fördermitteln bereit, je zur Hälfte von Bund und Land. Außerdem bürgen Bund und Land für 560 Millionen \$ (476 Millionen €), damit AMD einen 700-Millionen-Dollar-Bankkredit zu günstigen Konditionen erhält. Schließlich beteiligt sich das Land Sachsen mit 200 Millionen € am Eigenkapital der neuen Chipfabrik.

AMD plant, in den nächsten vier Jahren insgesamt 2,4 Milliarden \$ (rund 2 Milliarden €) zu investieren. Dadurch sollen mindestens 1 000 neue Arbeitsplätze in Dresden entstehen. Möglicherweise kommen in der Folgezeit weitere 1 300 Arbeitsplätze in der Region um Dresden dazu.

1 000 AMD-Arbeitsplätze bedeuten, dass Bund und Land jeden Arbeitsplatz mit mindestens 617 000 € subventionieren. Sollte eines Tages die Bürgschaft fällig werden, werden summa summarum sogar 1,1 Millionen € pro Arbeitsplatz aus Steuergeldern zugeschossen.

[www.amd.com/de-de/Corporate/VirtualPressRoom](http://www.amd.com/de-de/Corporate/VirtualPressRoom)  
[www.sachsen.de](http://www.sachsen.de)

## Umzugshilfe

„Das ist das Gegenteil von Patriotismus“, wettete Gerhard Schröder am 17. November auf dem SPD-Parteitag in Bochum, nämlich wenn ein Unternehmer verkündet, „die in Deutschland fällige Erbschaftsteuer zahlen wir nicht und gehen stattdessen in die Schweiz“ – noch dazu, wenn er vorher in Deutschland Subventionen kassiert hat. Gemeint – wenn auch nicht ausdrücklich genannt – war Theo Müller, Alleingesellschafter des Molkerei-Imperiums Müller-Milch. Er hatte für diesen 17. November seinen Umzug vom bayerischen Aretsried nach Zürich angekündigt.

Die Müller-Milch-Gruppe hätte nach Angaben ihres Chefs, der sein Unternehmen in den kommenden Jahren an die nächste Generation übergeben will, über kurz oder lang 200 Millionen € Erbschaftsteuer zahlen müssen, wenn die Eigentümerfamilie in Deutschland geblieben wäre. Dieser Betrag entspricht etwa 15 Prozent von Müllers Vermögen. „Ich habe nur zwei Alternativen: Entweder investiere ich, oder ich schaffe Rückstellungen zur Bezahlung der zu erwartenden Erbschaftsteuer. Beides geht nicht“, hatte Müller erklärt – und sich für das Investieren entschieden.

Damit hat er nicht nur reichlich Zorn auf sich gezogen, sondern einer schwel-

den Debatte in die Schlagzeilen verholten. Während vor allem mittelständische Unternehmer die Abschaffung der Erbschaftsteuer fordern, haben die SPD-Delegierten beschlossen, sie zu erhöhen. Ihr Argument: Die Reformen dürfen nicht ausschließlich von den „kleinen Leuten“ Opfer abverlangen. Auch – und gerade – „breiteren Schultern“ müssten größere Lasten aufgebürdet werden. Das leuchtet auf den ersten Blick ein. Doch der Fall Müller zeigt: Der Versuch, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, könnte zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen.

[www.spd-parteitag.de](http://www.spd-parteitag.de)

## Werbungskosten

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) und ihr Chef, Florian Gerster, sind wieder einmal in den Schlagzeilen. Gerster hatte für 500 000 € in diesem und 820 000 € im nächsten Jahr Beratung „für bessere Kommunikation“ eingekauft. Insgesamt hat die BA im kommenden Jahr 42 Millionen € für Marketing, Infokampagnen, und Online-Dienste vorgesehen. Davon sind 25 Millionen € für PR-Aktivitäten eingeplant.

Die BA hat 2004 einen Haushalt von 57 Milliarden €, vier Milliarden mehr als dieses Jahr. Rund zehn Prozent davon sind Steuergelder, der große Rest wird aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und -geber finanziert. Gute Beratung der Arbeitslosen und schnelle Vermittlung auf neue Arbeitsplätze wären wohl die beste PR für die BA.

[www.arbeitsamt.de/hst/services/presseinfo/index.html](http://www.arbeitsamt.de/hst/services/presseinfo/index.html)

## Zahlenspiele

Wie viele Menschen sind in Deutschland arbeitslos? Die Frage lässt sich scheinbar leicht beantworten. Schließlich verkündet Florian Gerster, Chef der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg, an jedem ersten Donnerstag eines Monats die aktuellen Zahlen. Zum Beispiel Anfang Dezember: Im November 2003 waren 4 184 500 Menschen arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenquote betrug 10,0 Prozent.

Was sagen diese Zahlen wirklich aus? Selbst Statistikprofis streiten seit Jahren darüber, was Arbeitslosigkeit ist und wie sie zu messen sei. Strittig ist nicht nur die „richtige“ Arbeitslosenzahl, sondern auch die Arbeitslosenquote, die monatlich vom Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt ermittelt und bekannt gegeben wird.

Nach BA-Definition zählt als Arbeitsloser, wer

- mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten will,
- nicht nur vorübergehend Arbeit sucht,
- älter als 15 und jünger als 66 Jahre ist,
- dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung steht und
- bei einem Arbeitsamt offiziell als arbeitssuchend registriert ist.

Jedes dieser Kriterien muss erfüllt werden, um in Deutschland amtlich arbeitslos zu sein. Wer nur wenige Stunden pro Woche Teilzeit arbeiten will, wer wegen

Krankheit oder Umschulung dem Arbeitsmarkt vorübergehend nicht zur Verfügung steht oder eine Arbeit ohne Hilfe des Arbeitsamtes sucht, gilt nicht als arbeitslos. Das bedeutet zum Beispiel: Arbeitslose, die mindestens 58 Jahre alt sind und nicht mehr vermittelt werden wollen, sind statistisch nicht erfasst, auch wenn sie Arbeitslosengeld oder -hilfe erhalten. Paragraph 428 des Sozialgesetzbuches (SGB III) macht möglich, dass dadurch in diesem Jahr knapp 400 000 ältere Arbeitnehmer in der Arbeitslosenstatistik fehlen werden, weil sie nicht mehr „unmittelbar zur Verfügung“ stehen.

### Ene mene mu, und raus bist du

Dem Arbeitsmarkt „zur Verfügung stehen“ heißt auch, jeden zumutbaren Arbeitsplatz anzunehmen. Arbeitslose, die Sperrzeiten erhalten haben, weil sie angebotene Arbeiten als unzumutbar empfinden oder ABM-Maßnahmen ableh-

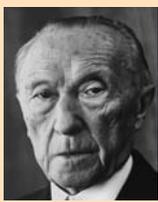
nen, gelten für die Dauer ihrer Sperrzeit nicht als arbeitslos. Diese Gruppe ist seit Januar 2003 – mit der Verschärfung der Zumutbarkeitsklauseln infolge der Arbeitsmarktreformen – um 30 Prozent gewachsen und wird wahrscheinlich noch größer werden, wenn die Hartz-Reformen vollständig umgesetzt sind. Im laufenden Jahr liegt die durchschnittliche Zahl der Sperrzeiten bei rund 32 000 Fällen pro Monat.

In anderen Ländern ist man ähnlich streng mit dem, was „arbeitslos“ bedeutet: In Frankreich ist nicht arbeitslos, wer keine Vollzeitarbeitsstelle sucht. In Großbritannien ist nur arbeitslos, wer Arbeitslosenunterstützung erhält. Wenn die Unterstützung ausläuft, ist auch die Arbeitslosigkeit „offiziell“ zu Ende. Umgekehrt gibt es auch weniger strenge Abgrenzungen: Wenn in den Vereinigten Staaten eine Rentnerin vergeblich für ein paar Stunden pro Woche einen Aushilfsjob sucht, zählt sie im Sinne der amerikanischen Statistik als arbeitslos.

### Wer ist „Erwerbsperson“?

Um die Arbeitslosenquote bestimmen zu können, muss neben der Zahl der Arbeitslosen auch die Zahl der Erwerbspersonen ermittelt werden. Die Arbeitslosenquote in Prozent ist Arbeitslosenzahl ge-

Einwohner, Erwerbstätige und Co.			
in Tausend	2000	2001	2002
Einwohner	82 188	82 339	82 483
Erwerbspersonen	41 746	41 961	42 006
Erwerbslose	3 065	3 110	3 396
Erwerbstätige (Inländer)	38 681	38 851	38 610
Arbeitnehmer	34 680	34 774	34 520
Selbständige	4 001	4 077	4 090
Quelle: Statistisches Bundesamt			



„Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst.“  
Konrad Adenauer

teilt durch Erwerbspersonen multipliziert mit 100.

Erwerbspersonen sind dem Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland zufolge alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet, die eine auf „Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsgemäß zu leistende Arbeitszeit.“

Ursprünglich wurden zu dieser Gruppe nur abhängig zivile Erwerbstätige – Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende sowie Arbeitslose – gezählt. Seit 1998 werden auch Selbständige und mit helfende Familienangehörige als Erwerbstätige mitgezählt. Mit dieser neuen Definition fiel die Arbeitslosenquote über Nacht um 1,3 Prozentpunkte.

### Eine neue Statistik soll's richten

Künftig wird es in Deutschland zwei Statistiken zur Arbeitslosigkeit geben: Die Bundesanstalt für Arbeit wird wie bisher die monatliche Quote für die bei ihr registrierten Arbeitslosen ausweisen. Ergänzt wird sie – in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt – durch

Erwerbsquote			
der 15- bis 64-jährigen in Prozent			
	2000	2001	2002
Männer	79,9	80,1	80,1
Frauen	64,0	64,9	65,3

Ergebnis des Mikrozensus  
Quelle: Statistisches Bundesamt

eine Quote für „Erwerbslose“. Diese Erwerbslosenquote orientiert sich an der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) benutzt diese Definition bereits für die europäischen Arbeitsmarktzahlen. Gemäß ILO-Definition ist jeder erwerbslos, der gegen Entgelt arbeiten will – ganz gleich wie viele Stunden – und unabhängig davon, ob beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht.

Das Besondere an der Definition wird beim Vergleich der Jahresdurchschnitte 2002 deutlich. Laut Eurostat waren in Deutschland 3,25 Millionen Menschen arbeitslos, die Erwerbslosenquote betrug 8,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Bundesanstalt dagegen nannte 4,06 Millionen Arbeitslose, und die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 9,8 Prozent. Die gewaltige Differenz von rund 800 000 Menschen wird durch unterschiedliche Erhebungsmethoden verursacht. Die BA registriert die Arbeitslosen von Amts wegen. Das ILO-Konzept erfasst Arbeitslosigkeit dagegen über repräsentative Befragungen: Die Befragten stufen sich selbst ein.

### „Vermittlungsnah Arbeitslose“

Die Bundesregierung will mit der neuen Erwerbslosenquote künftig vor allem Personengruppen ohne ernsthaften Vermittlungswunsch aus der Arbeitslosenstatistik streichen. Sie möchte eine differenzierende Arbeitslosenstatistik, die „die Vermittlungs-

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen			
in Tausend	2000	2001	2002
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei	987	943	923
davon Frauen	384	334	322
Produzierendes Gewerbe	12 102	11 934	11 656
davon Frauen	2 872	2 891	2 814
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	8 417	8 531	8 355
davon Frauen	4 091	4 129	4 057
Sonstige Dienstleistungen	15 097	15 408	15 602
davon Frauen	8 612	8 832	9 006

Ergebnis des Mikrozensus; Stand: Juni 2003  
Quelle: Statistisches Bundesamt

nähe der Arbeitsplatzsuchenden besser erfassen und somit eine zielgruppenorientierte Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ermöglichen soll.“

Derzeit stehen mehrere hunderttausend Menschen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, obwohl sie als Arbeitslose registriert sind. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe: Es werden Personen erfasst, die bereits einen neuen Arbeitsplatz in Aussicht haben oder auch solche, die sich nur arbeitslos melden, um Ansprüche auf Leistungen wie Kindergeld oder Rente aufrecht zu erhalten.

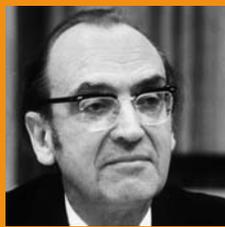
Gemäß ILO-Definition werden „vermittlungsnah Arbeitslose“ also besser erfasst als nach BA-Definition. Die Kriterien „aktive Arbeitssuche“ und „sofortige Verfügbarkeit“ sind enger definiert; nicht arbeitssuchende Arbeitslose fallen aus der Statistik heraus.

Die geplante Reform der Arbeitslosenstatistik könnte laut Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, ein Beitrag sein, um gezielter arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für die Ver-

mittelbaren einzuleiten. Er begrüßt den Umstieg ausdrücklich: Die neue Definition eigne sich besonders gut für internationale Vergleiche. Die bisherige Definition der Bundesanstalt habe die Arbeitslosigkeit überzeichnet.

Allerdings birgt die neue Zählweise die Gefahr, dass die Politik künftig wegen der niedrigeren Quote den Eindruck erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik erwecken kann, obwohl das nicht der Wirklichkeit entspricht. „Vermittlungsnah Arbeitslose“ werden zwar besser erfasst. Aber Lehrstellensuchende oder Langzeitarbeitslose bleiben, weil nicht „vermittlungsnah“, auch weiterhin ungezählt.

Alle Zahlenvergleiche und Quotenänderungen können nicht darüber hinwegtäuschen: Wer die Arbeitslosenstatistik wie auch immer bereinigt, erhält zwar neue Zahlen. Um neue Arbeitsplätze schaffen zu können, müssen aber die Beschäftigungsaussichten besser werden. Dem einzelnen Arbeitslosen ist es vermutlich egal, ob er statistisch genau erfasst wird oder nicht; er braucht schnellstmöglich einen Arbeitsplatz.



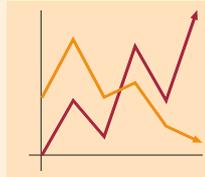
„Wer mehr als die Hälfte seines Einkommens an das Finanzamt abführen muss, ist mehr darauf bedacht, Steuern zu sparen, als darauf, Geld zu verdienen.“

Hans Karl Schneider, deutscher Nationalökonom

## IM KLARTEXT

Dezember 2003

### SM Index



### Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2003

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Das vor einem Jahr ins Leben gerufene Arbeitsmarktprogramm „Kapital für Arbeit“ hat knapp 9 000 Arbeitslose in eine neue Beschäftigung gebracht. Damit blieb die mit 636 Millionen € geförderte Initiative weit hinter den Erwartungen der Bundesregierung zurück: Es standen Fünf Milliarden € bereit, um innerhalb eines Jahres 50 000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Jetzt modifiziert die Kreditanstalt für Wiederaufbau das

Förderprogramm. Die enge Bindung der Kreditvergabe an die Schaffung von Arbeitsplätzen wird aufgelöst. Künftig reicht es aus, eine Investition mit „beschäftigungsfördernder Wirkung“ nachzuweisen.

### Eigenverantwortung

Für mittelständische Unternehmen wird es immer schwieriger, Kredite zu bekommen. Das wird laut einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) im kommenden Jahr nicht besser: Lediglich fünf Prozent der Befragten erwarten, dass es weniger Komplikationen gibt, aber zwei Drittel der Betriebe rechnen mit erschwerten Bedingungen, um einen Bankkredit zu erhalten. Die Zurückhaltung der Banken kann eine fatale Entwicklung in Gang setzen: Investitionen unterbleiben, neue Arbeitsplätze können nicht entstehen, Pleiten – und damit der Verlust von Selbständigkeit – drohen.

### Geldwertstabilität

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar steigt

### Bank-Noten

Bewertung der Mittelstandsorientierung

Sparkassen	2,9
Genossenschaftsbanken	3,0
HypoVereinsbank	3,7
Dresdner Bank	3,9
Commerzbank	4,1
Deutsche Bank	4,4
<b>Durchschnittsnote</b>	<b>3,5</b>

Noten von Eins (Sehr gut) bis Sechs (Ungenügend)

Quelle: ASU

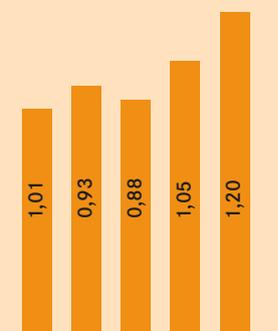
und steigt, doch die Kommentare über den europäischen Kraftprotz sind wenig euphorisch. Der Grund: Die Eurostärke ist in Wahrheit eine Dollarschwäche.

Terroranschläge zehren am Vertrauen in den Dollar ebenso wie das gigantische Haushaltsdefizit der USA. Präsident Bush und seine Regierung haben den beim Amtsantritt vorhandenen Haushaltsüberschuss von 240 Milliarden \$ durch Steuersenkungen und die Kosten des Irakkriegs in ein Defizit von rund 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – rund 380 Milliarden \$ – verwandelt.

Niedrige Zinsen bremsen zudem den Kapitalstrom in die USA, und der Protektionismus Amerikas gegenüber Europa und China zeigt ebenfalls Wirkung: Handelschranken machen das Geschäft mit den USA teurer und damit den Dollar schwächer. Das alles hievte den Euro Ende November erstmals auf einen Wechselkurs von gut 1,20 \$. Amerika-Importe nach Europa sind dadurch billiger, europäische Exporte dagegen teurer geworden.

### Euro-Wechselkurs

Ein Euro kostete in US-Dollar



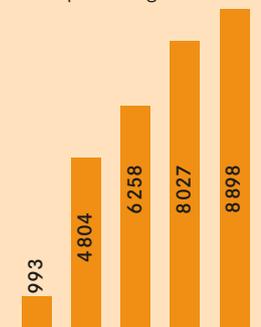
1999 2000 2001 2002 2003\*

jeweils Jahresende, \* Ende Nov.

Quelle: Europäische Zentralbank

### „Kapital für Arbeit“

Neu geschaffene Arbeitsplätze insgesamt



2003, jeweils Monatsende

Quelle: KfW

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstrasse 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*